

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 09.05.2018

Von Stephan Kimmerle, Seattle
10.05.2018

Streiken für Bildung [US-Universitäten und Schulen]

An US-Universitäten und Schulen wird die Arbeit niedergelegt. Neue Basisvernetzungen diskutieren Verhältnis zu Gewerkschaften



Streikende auf dem San Francisco Parnassus Campus der Universität von Kalifornien (San Francisco, 7. Mai 2018)

Foto: Marcio Jose Sanchez/AP Photo/dpa

Seit Montag wird an fünf medizinische Zentren und allen Campus der Universität von Kalifornien gestreikt. Von San Francisco bis San Diego sind insgesamt 53.000

Beschäftigte zu einem dreitägigen Ausstand aufgerufen. Neben Lohnerhöhungen geht es um die wachsende Ungleichheit bei Einkommen, die insbesondere farbige Angestellte und Frauen trifft. Am 15. Mai planen zudem 4.500 Mitarbeiter der Universität von Washington, vor allem im verarmenden akademischen Mittelbau, in einen Ausstand zu treten. 96 Prozent stimmten dafür. Sie wollen für acht Prozent mehr Lohn und eine bessere Gesundheitsversorgung kämpfen. Die Lehrer in North Carolina bereiten einen Streik für den 16. Mai vor. Danach stehen die Bildungsbeschäftigten in Louisiana bereit, die spontan entstandene Streikstafette weiterzuführen.

Die Zahl der Arbeitskämpfe in den USA war in den letzten Jahr auf ein historisches Tief gesunken. Im gesamten Jahr 2017 verzeichnete das US-Arbeitsministerium nur sieben Arbeitsniederlegungen, an denen mehr als 1.000 Beschäftigte beteiligt waren. Seitdem diese Daten im Jahr 1947 erfasst werden, war dies der zweitniedrigste Wert. Doch seit dem 22. Februar, als Lehrer und andere Beschäftigte an den Schulen West Virginias für zwei Wochen die Arbeit niederlegten, wird plötzlich wieder täglich in den Zeitungen über Ausstände berichtet.

Die Beschäftigten im Bildungssystem in Oklahoma ließen die Arbeit neun Tage lang ruhen. In Colorado und Kentucky kam es zu legalen und illegalen Streiks. Erst am 3. Mai ging eine Arbeitsniederlegung an mehr als 1.000 Schulen in Arizona zu Ende, die sechs Tage dauerte. 850.000 Schüler waren betroffen. 20 Prozent mehr Lohn bis zum Jahr 2020 hatte Gouverneur Doug Ducey versprochen. »Doch gesichert sind nur zehn Prozent nächstes Jahr«, sagte Rebecca Garelli am Montag abend (Ortszeit) gegenüber *junge Welt*. Anfang März, inspiriert von den Erfolgen in West Virginia, startete die 36jährige Lehrerin zusammen mit Kollegen die Facebook-Seite, die später unter dem Namen »Arizona Educators United« den Widerstand koordinierte. »Wir sind die Stimme der Lehrer«, sagt Rebecca Garelli selbstbewusst.

Während die Streiks an den Universitäten eher traditionell durch die Gewerkschaften organisiert verlaufen, folgen die Lehrerstreiks einem neuen Muster. Auch die Lehrer in West Virginia und Kentucky hatten neue Formen der Vernetzung über soziale Medien genutzt. »Wir sind keine Gewerkschaftsopposition«, erläutert Garelli. Man habe aktuell gut zusammengearbeitet mit der Gewerkschaft, der Arizona Education Association, in der sie selbst Mitglied ist. Aber, »die hätten das ohne uns nicht machen können«. Die Lehrer hätten in den letzten Jahrzehnten das Vertrauen in die Gewerkschaft verloren: »Die Leute fragen sich, was haben die getan?« Nach dem Ende der Ausstände wird jetzt diskutiert, was das für die Zukunft der

Bewegung heiße, berichtet Garelli: »Einige wollen unsere Basisvernetzung einfach mit der Gewerkschaft vereinigen. Aber ich will unser ganzes Netzwerk nicht einfach aushändigen. Andere wollen, dass wir die Rolle von Aufsehern über die Gewerkschaft spielen. Wieder andere wollen eher eine organisierte Gruppe in der Gewerkschaft werden«, so Garelli.

Die Welle von Protesten war dort an den Schulen am kraftvollsten, wo die Lehrer im US-Vergleich am wenigsten verdienen. Gleichzeitig waren vor allem jene Staaten betroffen, deren Gesetze die Gewerkschaften am meisten beeinträchtigen. In Arizona und auch West Virginia gibt es zum Beispiel keine Tarifverträge im öffentlichen Dienst. Auch von der Kapitalseite her wurde das registriert. Das Magazin *The Economist* schrieb am 3. Mai: »Das Resultat ist, paradoxerweise, dass Staaten mit schwächeren Lehrgewerkschaften nun Lehrer haben, die politisch aktiver sind.«